



GUTE PFLEGE IST EIN MENSCHENRECHT

Ausgabe 01 - 2015
Berlin, März/April 2015

Sehr geehrte Damen und Herren,

auch in diesem Jahr wollen wir Sie wieder regelmäßig alle 3-4 Monate über Neuigkeiten des Bündnisses für gute Pflege sowie seiner Mitglieder und Unterstützer informieren.

Wir wünschen Ihnen viel Freude bei der Lektüre unseres Newsletters!

Wenn Sie Fragen zum Bündnis für gute Pflege oder Anregungen haben, dann schreiben Sie uns eine [E-Mail](#).

Ihr Team vom Bündnis für gute Pflege

Bündnis für gute Pflege - Infodienst

[I. Aktuelles vom Bündnis für gute Pflege](#)

[1.1 Bündnisveranstaltung am 20. Mai in Berlin: "Ende gut, alles gut!? - Jetzt kommt der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff"](#)

[II. Neuigkeiten von den Mitgliedern und Unterstützern des Bündnisses für gute Pflege](#)

[2.1 AWO begrüßt Reform des Pflege-TÜV](#)

[2.2 Diakonie: Qualifizierte Hospiz- und Palliativversorgung ist längst überfällig](#)

[2.3 Diakonie: Zunahme von Demenzerkrankungen - Kirche und Diakonie stoßen gesellschaftliche Debatte an](#)

[2.4 DGB: Neue Broschüre „Pflegerreform 2015 – Infos für Versicherte und Angehörige“](#)

[2.5 Zukunftsforum Altenpflege - ZWST fördert Fachaustausch der Leiterinnen und Leiter jüdischer Seniorenzentren](#)

[2.6 Sozialverband SoVD legt Positionspapier „Gute Pflege braucht starke Kräfte“ vor](#)

[2.7 DBfK: Handbuch zum Internationalen Tag der Pflegenden 2015 jetzt in deutscher Übersetzung](#)

[2.8 DBfK: Faire und gerechtere Gehälter für Pflegefachpersonen](#)

[deutschlandweit!](#)

[2.9 DBfK: Gute Versorgung, aber weiterhin Handlungsbedarf](#)

[III. Veranstaltungen und Termine](#)

[3.1 14.04.2015: Pro Pflege-Selbsthilfenetzwerk lädt zum 22. Pflorgetreff nach Neuss-Erfttal](#)

[3.2 27.04.2015: Gemeinsame Tagung KBV, KZBV und BAGFW „Die Versorgung von pflegebedürftigen Menschen weiterentwickeln - Ärzte, Zahnärzte und Freie Wohlfahrtspflege stellen sich den gemeinsamen Herausforderungen“](#)

[3.3 04.-10.05.2015 - Woche der pflegenden Angehörigen in Berlin](#)

[3.4 06.05.2015: Volkssolidarität: Fachtagung NBA](#)

[3.5 07.05.2015: DEVAP-Fachtag „Die Aufgabe ambulanter Pflegedienste im Sozialraum“ in Leipzig](#)

[3.6 13.-14.06.2015: DGHS-Seminar "Wie wollen wir sterben? – Selbstbestimmung auch am Lebensende? "](#)

I. Aktuelles vom Bündnis für gute Pflege

[nach oben](#) ↑

1.1 Bündnisveranstaltung am 20. Mai in Berlin: "Ende gut, alles gut!? - Jetzt kommt der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff"

[nach oben](#) ↑

Einladung: Bündnisveranstaltung am 20. Mai in Berlin

Unter dem Titel "Ende gut, alles gut!? - Jetzt kommt der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff"

laden wir Sie recht herzlich zur Fachveranstaltung des Bündnisses für Gute Pflege in die Landesvertretung Bremen, Hiroshima Straße 24, 10785 Berlin ein.
Das ausführliche Programm finden Sie [hier](#).

II. Neuigkeiten von den Mitgliedern und Unterstützern des Bündnisses für gute Pflege

[nach oben](#) ↑

2.1 AWO begrüßt Reform des Pflege-TÜV

[nach oben](#) ↑

AWO begrüßt Reform des Pflege-TÜV

Berlin, 01. April 2015. „Die Richtung stimmt und es wird vielen AWO Forderungen entsprochen. Beispielsweise den Qualitätsausschuss mit einem unparteiischen Vorsitzenden und einer neutralen Geschäftsstelle einzurichten, begrüßt die AWO sehr“, betont AWO Vorstandsmitglied Brigitte Döcker angesichts der heute vom Pflegebevollmächtigten der Bundesregierung Karl-Josef Laumann vorgeschlagenen Reform der Selbstverwaltung in der Pflegeversicherung sowie zur Transparenz. „Die Abschaffung bzw. das Aussetzen der Pflegenoten war längst überfällig“, erklärt Döcker, fügt aber hinzu: „Grundsätzlich sind noch viele entscheidende Details der Vorschläge zu klären.“

Die bisherige, mangelnde Struktur der Selbstverwaltung war geprägt von asymmetrischen Kräfteverhältnissen der Beteiligten und einer eingebauten Pattsituation. Fragen der Ausgestaltung, wie auch das Angebot des Pflegebevollmächtigten mit seinem Arbeitsstab organisatorische Ressourcen für den Ausschuss zur Verfügung zu stellen, sind dabei künftig erst noch im Detail zu klären und zu bewerten. Dies gilt auch für die Errichtung eines

pfliegewissenschaftlichen Instituts, was grundsätzlich ebenso begrüßt wird. „Wichtig ist, dass die Aufgaben und Kompetenzen des Instituts für den Ausschuss klar definiert werden müssen, um zu verhindern, dass hier eine nicht legitimierte Steuerungsinstanz entsteht“, betont Döcker.

Die AWO hatte sich wie alle Trägerverbände von Pflegeeinrichtungen gegen die Noten und vor allem die Gesamtnote gewandt. Das Benotungssystem war aber von den Krankenkassen gewollt. Die AWO beurteilt den Auftrag an den Spitzenverband Bund der Krankenkassen eine Zusammenfassung der Prüfberichte der Medizinischen Dienste zu erstellen, äußerst skeptisch. „Die AWO sieht diesen Aufwand als nicht gerechtfertigt an. Aus unserer Sicht ist die Veröffentlichung der Kriterien ohne Bereichs- und Gesamtnote als Übergangslösung ausreichend,“ erklärt Döcker.

Zudem würde ein klares Bekenntnis zur Umsetzung der Ergebnisse des Bundesmodellprojekts „Entwicklung und Erprobung von Instrumenten zur Beurteilung der Ergebnisqualität in der stationären Altenhilfe“ des Bundesgesundheits- und des Bundesfamilienministeriums vermisst. Dessen Ergebnisse liegen bereits seit 2011 vor und die AWO drängt seit dem, gemeinsam mit den anderen Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege auf eine Umsetzung. Dieses System wurde in verschiedenen Projekten bundesweit -unter Federführung der Caritas- freiwillig bereits von über 200 Einrichtungen erfolgreich angewandt. „Deshalb fordert die AWO, dass der Qualitätsausschuss nach seiner Gründung, den klaren Auftrag erhält, die Ergebnisse des Modellprojektes umzusetzen, statt ein neues System zu entwickeln“, fordert das AWO Vorstandsmitglied Döcker abschließend.

2.2 Diakonie: Qualifizierte Hospiz- und Palliativversorgung ist längst überfällig

[nach oben](#) ↑

Qualifizierte Hospiz- und Palliativversorgung ist längst überfällig

20.03.2015 - Die Diakonie Deutschland fordert erhebliche zusätzliche Mittel der Kranken- und Pflegekassen für die Versorgung sterbender Menschen in Krankenhäusern, Pflegediensten und Pflegeheimen.

„Mit dem gestern vorgestellten Gesetzentwurf erklärt die Bundesregierung die Palliativversorgung zu einem Teil der Regelversorgung“, sagt Diakonie-Präsident Ulrich Lilie heute in Berlin. „Krankenhäuser, Pflegedienste und Pflegeheime werden ausdrücklich zu einer qualifizierten Versorgung, Pflege und Begleitung sterbender Menschen verpflichtet. Das ist ein längst überfälliger, aber bei weitem nicht hinreichender Schritt.“

Aus Sicht der Diakonie Deutschland werden damit lediglich Aufgaben präziser benannt, die in der Praxis schon selbstverständlich ausgeführt werden - allerdings immer unter großem Zeitdruck. „Wir haben palliativ hoch qualifizierte Fachkräfte, können sie aber nicht in ausreichendem Umfang einsetzen, weil die palliative Versorgung bisher nicht genügend vergütet wird“, sagt der Diakonie-Präsident. „Erforderlich sind erhebliche zusätzliche Mittel der Kranken- und Pflegekassen speziell für diese Aufgaben.“

Als Diakonie-Text 08.2014 hat die Diakonie Deutschland ihre [Position](#) zur Finanzierung palliativer Versorgung in stationären Pflegeeinrichtungen veröffentlicht.

Für Rückfragen und weitere Informationen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.
Ute Burbach-Tasso, Pressesprecherin

2.3 Diakonie: Zunahme von Demenzerkrankungen - Kirche und Diakonie stoßen gesellschaftliche Debatte an

[nach oben](#) ↑

Zunahme von Demenzerkrankungen - Kirche und Diakonie stoßen gesellschaftliche Debatte an

19.03.2015 - Rund 1,4 Millionen Menschen in Deutschland leiden an einer Demenz. Jährlich erkranken derzeit rund 140 000 Menschen neu. Aktuellen Studien zufolge wird sich diese Zahl bis 2050 verdoppeln.

In ihrem heute veröffentlichten Text [„Wenn die alte Welt verlernt wird. Umgang mit Demenz als gemeinsame Aufgabe“](#) informieren die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) und die Diakonie Deutschland über Hilfsangebote für ratsuchende Menschen und ermutigen Betroffene und deren Angehörige zu einem bewussten Umgang mit der Erkrankung. Zugleich fordern sie die Verantwortungsträger in Politik und Verbänden auf, die Lebensumstände für Demenzkranke und ihre Angehörigen zu verbessern.

„Es steht zu wenig ausgebildetes Personal zur Verfügung“, betonte der Vorsitzende der EKD-Kammer für Öffentliche Verantwortung, der Staatsrechtswissenschaftler Hans-Jürgen Papier, bei der Vorstellung des Textes in Berlin. „Auf die massiv steigenden Zahlen sind wir bislang nur unzureichend vorbereitet. Notwendig seien zudem „neuartige flexible Betreuungsformen, die daraufhin konzipiert sind, dass pflegende Familienangehörige bedarfsgerecht unterstützt werden“, so der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts. Letztlich gehe es aber nicht nur um Ressourcen, sondern auch um die Anerkennung und soziale Verankerung von Pflegetätigkeiten. „Es geht um eine ‚Kultur‘ des Umgangs mit Pflege.“

Der Präsident der Diakonie Deutschland, Ulrich Lillie, betonte die sozialpolitische Bedeutsamkeit des Themas Demenz: „Die Politik muss die Unterstützung und Versorgung von Menschen mit Demenz als langfristige Aufgabe begreifen und nicht von Legislaturperiode zu Legislaturperiode denken. Da uns diese Aufgabe auch mehr Geld kosten wird, brauchen wir eine neue Verantwortungsbereitschaft in der Gesellschaft. Die vorliegende Schrift ist eine hervorragende Gesprächsgrundlage für alle Menschen in Kirche und Gesellschaft, die die Herausforderung Demenz annehmen wollen.“

EKD-Ratsmitglied Elisabeth Gräß-Schmidt erinnerte bei der Vorstellung des Textes in Berlin daran, dass der Umgang mit Demenz nicht allein rechtliche oder medizinische Fragestellungen aufwerfe, sondern das Grundverständnis des Menschen und des Menschlichen insgesamt berühre. „Die Demenzerkrankung stellt das Bild des starken, bewussten und leistungsfähigen Lebens in Frage.“ Gerade Demenz zeige, „wie sehr die Zerbrechlichkeit und die Bedrohtheit in unser Verständnis des Lebens hineingehören“, sagte die Tübinger Theologieprofessorin.

Die von EKD und Diakonie herausgegebene Broschüre möchte die gesellschaftliche Diskussion verbreitern und einen konkreten Beitrag dazu leisten, den Umgang mit Demenz in praktischer wie geistlicher Hinsicht zu erleichtern. Bereits jetzt stellen sich Kirchen und Diakonie der demografischen Herausforderung und wirken in ihren Gemeinden, Einrichtungen und Werken daran mit, Ideen und Konzepte zum Umgang mit Demenz zu entwickeln und praktisch umzusetzen.

Einzelexemplare von „Wenn die alte Welt verlernt wird. Umgang mit Demenz als gemeinsame Aufgabe“ können zum Preis von 1,70 € angefordert werden bei der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Herrenhäuser Str. 12, 30419 Hannover, Telefon 0511-2796-0, versand@ekd.de.

Für Rückfragen und weitere Informationen
Ute Burbach-Tasso, Pressesprecherin

2.4 DGB: Neue Broschüre „Pflegereform 2015 – Infos für Versicherte und Angehörige“

[nach oben](#) ↑

Seit dem 1. März ist das Erste Pflegestärkungsgesetz (PSG I) in Kraft. Der DGB hat die Reform zum ersten Pflegestärkungsgesetz (PSG I) intensiv begleitet und nun eine Broschüre mit dem Titel „Pflegereform 2015 – Infos für Versicherte und Angehörige“ herausgebracht. Mit ihr sollen alle Interessierten über die Leistungen der Pflegeversicherung und insbesondere über die zum 1.1.2015 in Kraft tretenden Veränderungen informiert werden. Die Broschüre unterstützt die betroffenen Menschen dabei, ihre Rechte wahrzunehmen und bietet somit einen konkreten Gebrauchswert. Zu erwerben ist die Broschüre für 33 cent im DGB-Bestellservice unter:

2.5 Zukunftsforum Altenpflege - ZWST fördert Fachaustausch der Leiterinnen und Leiter jüdischer Seniorenzentren

[nach oben](#) ↑

Zukunftsforum Altenpflege - ZWST fördert Fachaustausch der Leiterinnen und Leiter jüdischer Seniorenzentren

Die demographische Entwicklung stellt die jüdische Gemeinschaft in Deutschland vor große Herausforderungen. Der Anteil der über 60jährigen Gemeindemitglieder ist von 33 % im Jahr 2000 auf 45 % im Jahr 2014 gestiegen (Mitgliederstatistik der ZWST). Bei der zunehmenden Überalterung der jüdischen Gemeinden ist der Bedarf nach Angeboten für Senioren besonders groß. Jüdische Altenzentren und alternative Einrichtungen für jüdische Senioren stehen mehr denn je im Fokus, gleichzeitig wachsen die gesetzlichen Anforderungen an die Altenpflege. Die ZWST hat die Entwicklung der Mitgliederzahlen zum Anlass genommen, die Veranstaltungsreihe „Zukunftsforum 2020“ ins Leben zu rufen.

Gemeinsam mit den Führungs- und sozialen Fachkräften der Gemeinden sucht die ZWST in dieser Veranstaltungsreihe den Austausch, stellt eigene Angebote und Best-Practice-Beispiele aus den Gemeinden vor. Es gilt, Lösungswege und Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Ein erstes „Zukunftsforum Altenpflege“ mit den Leitern und Leiterinnen jüdischer Seniorenzentren fand bereits im November 2014 im Nelly-Sachs-Haus, dem Seniorenzentrum der jüdischen Gemeinde Düsseldorf statt. Im Mai 2015 wird ein zweites Zukunftsforum Altenpflege im Elternheim der Synagogengemeinde Köln organisiert.

Das Programm sieht u.a. ein Impulsreferat zu den besonderen Herausforderungen der Biographie-Arbeit und einen gemeinsamen Austausch zu den aktuellen Entwicklungen rund um Entbürokratisierung und Qualitätssicherung in Altenzentren vor. Weiterhin wird das Projekt „Demenz und Kunst“ des Elternheims vorgestellt und über die zukünftige Ausbildung von Altenpflegefachpersonal für jüdische Altenzentren in Kooperation mit der AWO im Raum NRW informiert.

Heike von Bassewitz, Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST)

Kontakt Zukunftsforum: Aron Schuster, stellv. Direktor der ZWST
Tel.: 069 / 944 371-40, schuster@zwst.org

2.6 Sozialverband SoVD legt Positionspapier „Gute Pflege braucht starke Kräfte“ vor

[nach oben](#) ↑

Sozialverband SoVD legt Positionspapier „Gute Pflege braucht starke Kräfte“ vor

SoVD-Präsident Adolf Bauer: „Künftig fehlen 152.000 Fachkräfte“

Der Personalmangel in der Altenpflege wird sich künftig erheblich verschärfen. Das geht aus dem Positionspapier „Gute Pflege braucht starke Kräfte“ des Sozialverband SoVD hervor. „Mangelhafte Ausbildung, schlechte Arbeitsbedingungen und demografischer Wandel sind die Ursachen für den Pflegekräftenotstand in Deutschland“, sagte SoVD-Präsident Adolf Bauer. Er warnte davor, die Problematik zu verharmlosen.

Das Positionspapier ist abrufbar unter www.sovd.de/pflegekraefte.

2.7 DBfK: Handbuch zum Internationalen Tag der Pflegerinnen 2015 jetzt in deutscher Übersetzung

[nach oben](#) ↑

Handbuch zum Internationalen Tag der Pflegenden 2015 jetzt in deutscher Übersetzung

Berlin, 23. März 2015

Auch in diesem Jahr wird am 12. Mai der Internationale Tag der Pflegenden begangen. Der International Council of Nurses (ICN) hat für 2015 folgendes Motto gewählt: Nurses: A force for change – Care effective, Cost effective. Die deutschsprachigen Pflegeberufsverbände haben sich auf „Professionelle Pflege: wirksam und wirtschaftlich“ geeinigt.

Das von ICN veröffentlichte Handbuch mit Hintergrundinformationen und wichtigen Impulsen liegt jetzt auch in deutscher Übersetzung vor und kann als Download [hier](#) abgerufen werden. Inhaltlich gibt das Handbuch u.a. Auskunft zu den Themen Pflegefachpersonalmangel, Patientensicherheit, Effizienz und Qualität von Gesundheitsversorgung, erweiterte Pflegepraxis, Aufgabenverlagerung im Gesundheitssystem, Patientenorientierung sowie die Verschwendung von Ressourcen im Gesundheitswesen. Die Themen sind mit internationalen Beispielen und Forschungsergebnissen hinterlegt. Das Handbuch bietet gute Anregungen und Empfehlungen für eigene Aktionen und berufspolitische Lobbyarbeit.

Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe e.V. (DBfK)
Alt-Moabit 91, 10559 Berlin
Tel.: 030-2191570
Fax: 030-21915777
dbfk@dbfk.de
www.dbfk.de

2.8 DBfK: Faire und gerechtere Gehälter für Pflegefachpersonen deutschlandweit!

[nach oben](#) ↑

Faire und gerechtere Gehälter für Pflegefachpersonen deutschlandweit!

Berlin, 27. Januar 2015

Der Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK) begrüßt die durch die Untersuchung im Auftrag von Staatssekretär Laumann hergestellte Transparenz zur Gehältersituation in der Pflege in Deutschland. „Die gravierenden Unterschiede waren bekannt, wurden jetzt aber erstmals systematisch dokumentiert und analysiert“, sagt Franz Wagner, Bundesgeschäftsführer des DBfK. „Es ist sachlich nicht nachzuvollziehen, warum es derart große Unterschiede zwischen Krankenhäusern, Pflegeheimen und ambulanten Pflegediensten sowie zwischen Ost- und Westdeutschland gibt“, so Wagner weiter. Angesichts der vergleichbaren Verantwortung quer über alle Arbeitsbereiche der Pflege und 25 Jahre nach der Vereinigung müsse das aufhören. Auch die Benachteiligung von Frauen bei den Gehältern sei im Frauenberuf Pflege nicht akzeptabel.

Gründe für die Unterschiede sind nicht nur verschiedene Tarifabschlüsse, denn vielfach gibt es gar keine Tarifverträge. Ein großes Problem stellen, vor allem im Bereich der Pflegeheime und der ambulanten Pflegedienste, die mit den Kostenträgern verhandelten Leistungsvergütungen dar. Nach geltendem Recht kann bei Pflegeheimen die tarifliche Vergütung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von den Pflegekassen als unwirtschaftliches Handeln ausgelegt werden. Das soll jetzt gesetzlich geändert werden – nach Ansicht des DBfK ein wichtiger Schritt für eine bessere und gerechtere Bezahlung. In den Krankenhäusern entscheidet oft die Trägerart über bessere oder schlechtere Gehälter. Neben Stellenabbau in der Pflege ist das ein probates Mittel, um Einsparungen vorzunehmen.

Der einzig positive Effekt des Personalmangels ist, dass Pflegefachpersonen in der Verhandlung mit Arbeitgebern durchaus Chancen haben, bessere Bedingungen für sich herauszuholen. Übertarifliche Leistungen sind schon heute weit verbreitet. Der hohe Teilzeitanteil in der Pflege stellt – soweit es sich um nicht frei gewählte Teilzeit handelt – ein großes Potenzial für den bestehenden Personalmangel dar. Allerdings müssen sich dazu zuerst Arbeitsbedingungen deutlich verbessern. Dazu gehört - fast paradox klingend

- eine Verbesserung der Stellenpläne. Nur wenn es mehr Stellen gibt, das heißt, die einzelne Pflegefachperson weniger Patienten oder Bewohner versorgen muss, wird es wieder attraktiver, mehr Stunden pro Woche zu arbeiten. Denn die Teilzeit ist eine verbreitete Selbstschutzreaktion von völlig überlasteten Pflegefachpersonen. Allerdings muss auch an der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf gearbeitet werden.

Pflege ist eine personenbezogene Dienstleistung, die wegen der existenziellen Erfahrungen, der Vulnerabilität und Individualität der betreuten Klienten ein hohes Maß an Verantwortung und Einsatz erfordert. Das muss sich auch im Gehalt widerspiegeln. Eine Verbesserung der Situation der Pflegenden erfordert abgestimmtes Handeln von Politik, Berufsverbänden, Arbeitgebern und Gewerkschaften.

Kritisch sieht der DBfK an der Studie, dass zum Vergleich u.a. die Baubranche herangezogen wurde. Darüber hinaus ist die Allgemeingültigkeit und Übertragbarkeit der Befunde – z.B. beim Vergleich mit Durchschnittsgehältern - beschränkt durch die Eingrenzungs- und Ausschlussverfahren bei der Berechnung sowie die zugrundeliegenden Berechnungsmethoden. Das mindert allerdings nicht die Aussagekraft hinsichtlich der Varianzen.

Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe e.V. (DBfK)
Alt-Moabit 91, 10559 Berlin
Tel.: 030-2191570
Fax: 030-21915777
dbfk@dbfk.de
www.dbfk.de

2.9 DBfK: Gute Versorgung, aber weiterhin Handlungsbedarf

[nach oben](#) ↑

Gute Versorgung, aber weiterhin Handlungsbedarf

Berlin, 14. Januar 2015

Nach Einschätzung des Deutschen Berufsverbands für Pflegeberufe (DBfK) ist der heute in Berlin veröffentlichte 4. MDS-Pflege-Qualitätsbericht erst einmal eine gute Nachricht und ein positives Signal. Die gemessenen Qualitätsmerkmale zeigen durchweg erhebliche Verbesserungen des Status vor drei Jahren an. „Dass dies trotz schwieriger Rahmenbedingungen und erheblichem Personalmangel überhaupt erreicht werden konnte, ist vor allem der Fachkompetenz und dem großen Engagement der beruflich Pflegenden in Pflegediensten und Heimen zu danken. Das verdient unser aller Anerkennung und Respekt“, betont DBfK-Präsidentin Prof. Christel Bienstein. „Die Ergebnisse zeigen aber auch, dass noch viel zu tun bleibt, zumal der Versorgungsbedarf immer komplexer wird. Es muss nach den Gründen gesucht werden, die einen höheren Erfüllungsgrad bei Dekubitusprophylaxe, Wundversorgung, Schmerzmanagement, Medikamentengabe usw. behindern: Ist es der Mangel an Fachpersonal, Zeitdruck und zu enge Minutentaktung oder die zögerliche ärztliche Verordnung von Hilfs- und Heilmitteln? Deutlich geht aus den Prüfergebnissen aber auch hervor, dass zu einer guten Versorgung eine angemessen hohe Anzahl gut qualifizierten Pflegefachpersonals gehört. Denn das Erkennen und Bewerten von Pflegebedarfen und die Umsetzung und Evaluation daraus abzuleitender evidenzbasierter Maßnahmen erfordern Fachwissen und Sachverstand, wie es nur Pflegefachpersonen mitbringen“, so Bienstein.

Artikel 4 der Charta der Rechte hilfe- und pflegebedürftiger Menschen sagt: „Jeder hilfe- und pflegebedürftige Mensch hat das Recht auf eine an seinem persönlichen Bedarf ausgerichtete, gesundheitsfördernde und qualifizierte Pflege, Betreuung und Behandlung.“ Vor diesem Hintergrund bleibt auch bei aller Freude über die jetzt dokumentierten Qualitätsverbesserungen die Frage, ob die erfassten Merkmale überhaupt in ausreichender Weise Qualität abbilden können. Kann der pflegebedürftige Mensch außer den abgeprüften Kriterien nicht auch Zeit zu Erhalt und Aufbau der eigenen Ressourcen erwarten? Das Eingehen auf individuelle Bedürfnisse, die heute auch mal anders aussehen können als morgen? Zeit zur Verlaufsbeobachtung, zum Zuhören, zur gezielten physischen und psychischen Aktivierung, ein Gesprächsangebot und ganz einfach menschliche Zuwendung? All

dies darf nicht auf der Strecke bleiben! Hier setzen wir auf die künftigen Pflegekammern, die im Interesse der Bevölkerung maßgeblich zur Sicherstellung guter Pflegequalität beitragen können. Eine aus der Betroffenenperspektive bewertet umfassende qualitativ gute Pflege zu gewährleisten ist und bleibt in jedem Fall gesellschaftliche und politische Verpflichtung!

Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe e.V. (DBfK)
Alt-Moabit 91, 10559 Berlin
Tel.: 030-2191570
Fax: 030-21915777
dbfk@dbfk.de
www.dbfk.de

III. Veranstaltungen und Termine

[nach oben](#) ↑

3.1 14.04.2015: Pro Pflege-Selbsthilfenetzwerk lädt zum 22. Pflorgetreff nach Neuss-Erfttal

[nach oben](#) ↑

Pro Pflege - Selbsthilfenetzwerk lädt zum (22.) Pflorgetreff, am 14.04.2015, 16.00 - 18.00 Uhr, im Jugendzentrum "Kontakt Erfttal" (großer Saal), Bedburger Straße 57, 41469 Neuss-Erfttal, ein.

Die Themen des Treffs:

Pflegereformen:

1. Pflegestärkungsgesetz (Bund): Welche neuen Leistungsansprüche haben pflegebedürftige Menschen ab 01.01.2015? Inwieweit sind die Pflege - Rahmenbedingungen weiterhin reformbedürftig? - Inwieweit hat das 2014 reformierte Pflegerecht des Landes Nordrhein-Westfalen Veränderungen erfahren?

Die Veranstaltung folgt im Anschluss an den Pflorgetreff am 13.05.2014 mit dem Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe. Grundlage für die Erörterungen sind v.a. die Anforderungen an eine Pflegereform - vorgelegt von Pro Pflege - Selbsthilfenetzwerk am 13.05.2014 - nachlesbar unter folgender Adresse:

http://www.pro-pflege-selbsthilfenetzwerk.de/Pressemitteilungen/PflegereformGroKo_Erfordernisse2014.pdf Die wesentliche Aussage: Mehr Pflegepersonal ist dringend geboten! Nur so kann der Pflegenotstand aufgelöst werden.

Hochkarätige Gäste stehen für Statements und Diskussionsbeiträge zur Verfügung:

Hans-Jürgen Petrauschke, Landrat des Rhein-Kreises Neuss, wird vorab ein Grußwort sprechen.

Auf dem Podium werden folgende Gäste für Statements und Diskussionsbeiträge zur Verfügung stehen:

- Karl-Josef Laumann, Beauftragter der Bundesregierung für die Belange der Patientinnen und Patienten sowie Bevollmächtigter für Pflege,
- Markus Leßmann, Ministerialdirigent und Leiter der Abteilung „Pflege, Alter, demographische Entwicklung“ im Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen,
- Andreas Westerfellhaus, Präsident Deutscher Pflegerat e.V., Berlin, und Geschäftsführer ZAB - Zentrale Akademie für Berufe im Gesundheitswesen GmbH, Gütersloh- und
- Helmut Wallrafen-Dreisow, Geschäftsführer der Sozial-Holding der Stadt Mönchengladbach GmbH (u.a. mit der Altenheime GmbH: Träger der sechs Städtischen Altenheime an fünf Standorten mit rd. 600 Plätzen zur stationären Pflege und Betreuung).

Die Moderation obliegt Regina Schmidt-Zadel, Vorsitzende der Landes-Alzheimergesellschaft

NRW und Mitglied des Deutschen Bundestages (MdB) a.D.

Es sind im Übrigen in der Zeit von 15.00 - 19.00 Uhr zu den Pflorgetreffthemen passende Infostände geplant.

Wie bei den Pflgetreffs üblich, werden zahlreiche Schriften zur kostenlosen Mitnahme ausgelegt.

Heinz Sahren, Stadtverordneter im Rat der Stadt Neuss und Mitglied des Landtages (MdL) von NRW von 2000 - 2010, ist der Schirmherr des Pflgetreffs. Organisation und Leitung werden von Werner Schell, Dozent für Pflegerecht und Vorstand von Pro Pflege - Selbsthilfenetzwerk, wahrgenommen.


Die Veranstaltung am 14.04.2015 wird in Kooperation mit der Volkshochschule Neuss durchgeführt!

Eingeladen sind Patienten, pflegebedürftige Menschen und Angehörige, Ärzte bzw. sonstige Leistungsanbieter im Gesundheitswesen sowie alle interessierten BürgerInnen! - Der Eintritt ist frei!

Wegbeschreibung: Mit dem Auto die A 57, Ausfahrt Neuss-Norf - Richtung Erfttal (Wegstrecke beschildert) fahren. Bahnreisende fahren bis Neuss-Norf (S-Bahn-Station). Der Bahnhof ist vom Veranstaltungsort etwa 10 Minuten Fußweg entfernt. Erfttal ist mit dem Bus (öffentlicher Nahverkehr Linie 849) gut erreichbar. Von der Haltestelle sind es nur wenige Meter bis zum Veranstaltungsort. - Übersichtskarten (Lage und Anfahrt) in der Erfttaler Homepage unter: <http://www.neuss-erfttal.de/forum/viewtopic.php?f=5&t=15>
Parken im Umfeld des Veranstaltungsortes möglich; ggf. auch im Bereich 41469 Neuss (Norf), Schellbergstraße (Bereich "Edeka") - Derikumer Hof >>> Fußweg bis zum "Kontakt Erfttal" (8-10 Minuten in westlicher Richtung vorbei am Hotel Mercure).

Werner Schell
Dozent für Pflegerecht und Vorstand von Pro Pflege – Selbsthilfenetzwerk

3.2 27.04.2015: Gemeinsame Tagung KBV, KZBV und BAGFW „Die Versorgung von pflegebedürftigen Menschen weiterentwickeln - Ärzte, Zahnärzte und Freie Wohlfahrtspflege stellen sich den gemeinsamen Herausforderungen“

[nach oben](#) 

Die Versorgung pflegebedürftiger Menschen stellt die Gesellschaft vor große Herausforderungen. Anteil und Zahl älterer Menschen mit Pflegebedarf werden erheblich zunehmen. Die verlängerte Lebenserwartung ist verbunden mit einem vermehrten Auftreten von Multimorbidität, Mobilitätseinschränkungen und Demenz. Mit diesen demographischen Veränderungen sind Herausforderungen für die medizinische, zahnmedizinische und pflegerische Versorgung pflegebedürftiger Menschen verbunden.

Aus diesem Anlass laden Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV), Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung (KZBV) und die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) zur gemeinsamen Tagung

„Die Versorgung von pflegebedürftigen Menschen weiterentwickeln - Ärzte, Zahnärzte und Freie Wohlfahrtspflege stellen sich den gemeinsamen Herausforderungen“

**am 27. April 2015 von 10:00 Uhr bis 16:30 Uhr
im Haus der KBV (Herbert-Lewin-Platz 2, 10623 Berlin) ein.**

Neben der Analyse der Ist-Situation sollen bewährte Praxis-Beispiele vorgestellt und Wege zu einem stärkeren kooperativen und vernetzten Handeln erarbeitet und aufgezeigt werden. Wir würden uns freuen, Sie bei der Tagung begrüßen zu können und mit Ihnen die anstehenden

Herausforderungen zu diskutieren.

Für die Veranstaltung können Sie sich [hier](#) elektronisch anmelden. Anmeldungen werden bis zum 15.04.2015 erbeten.

3.3 04.-10.05.2015 - Woche der pflegenden Angehörigen in Berlin

[nach oben](#) ↑

Anerkennung für pflegende Angehörige

Zum dritten Mal findet vom 04. - 10. Mai 2015 die Woche der pflegenden Angehörigen in Berlin statt. Ein breites Bündnis von Berliner Einrichtungen und Institutionen hat viele Veranstaltungen für pflegende Angehörige als Anerkennung und Dankeschön organisiert. Dazu gehören u.a. zwei Dampferfahrten, Tanzcafé, Kinovorstellungen, Reisebörse, Wellnessangebote und musikalische Veranstaltungen. Der Höhepunkt ist die große Eröffnungsgala am 04. Mai ab 10.30 Uhr in der Urania Berlin mit der traditionellen Ehrung von zehn pflegenden Angehörigen als Repräsentanten für alle Angehörigen. Abgeschlossen wird die Woche mit einer multikulturellen Abschlussveranstaltung mit gemeinsamen Grillen auf dem Tempelhofer Feld, zu der auch erstmals beruflich Pflegende und Beratende eingeladen sind.

Neu ist in diesem Jahr eine Veranstaltung für pflegende Jugendliche und junge Erwachsene. Ein kostenfreier Kinonachmittag soll ihnen die Möglichkeit zum Austausch geben und auf diese Gruppe pflegender Angehöriger hinweisen, die meist vergessen wird.

Informationen unter: www.woche-der-pflegenden-angehoerigen.de.

Kontakt: info@woche-der-pflegenden-angehoerigen.de oder 030-61 20 24 99.

3.4 06.05.2015: Volkssolidarität: Fachtagung NBA

[nach oben](#) ↑

Fachtagung am 06. Mai 2015 - Der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff mit dem Neuen Begutachtungsassessment (NBA) Stärkere Berücksichtigung der Bedürfnisse von Menschen mit Demenz

Einladung und Anmeldung sind [hier](#) abrufbar.

Seit vielen Jahren setzt sich die Volkssolidarität, gemeinsam mit anderen Sozial- und Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften und Interessensvertretungen im „Bündnis für Gute Pflege“ für die Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs und einer Pflegereform ein. Im Jahr 2016 soll das zweite Pflegestärkungsgesetz durch die Politik verabschiedet werden. Dieses beinhaltet die Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff mit einem Neuen Begutachtungsassessment (NBA).

Im NBA soll der Blick auf Fähigkeiten und Ressourcen von Pflegebedürftigen gelenkt sowie der Erhalt ihrer Selbstständigkeit in den Mittelpunkt gerückt werden. Der Grad der Selbstständigkeit ist dabei das entscheidende Kriterium der Begutachtung. Bewertet wird, wie dieser Grad der Selbstständigkeit erhalten bzw. verbessert werden kann.

Das Ziel der Fachtagung ist es, in den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff und in das neue Begutachtungsassessment (NBA) einzuführen. Schwerpunkte sind: Auswirkungen für Menschen mit Demenz und Anregungen für die Pflegepraxis.

Dargelegt und kritisch erörtert werden die rechtlichen Grundlagen der Pflegestärkungsgesetze. Anhand von Ergebnissen der Praktikabilitätsstudie werden Erfahrungen mit der praktischen Anwendung des NBAs präsentiert. Darüber hinaus werden Handlungsempfehlungen für den Umgang mit dem NBA in der Pflegeplanung vorgestellt. Ob mit den Pflegestärkungsgesetzen eine maßgeschneiderte und selbstbestimmte Pflege ermöglicht wird, steht zur Diskussion.

ab 9.00 Uhr: Anreise und Anmeldung

10.00 - 10.20 Uhr: Begrüßung und Eröffnung
Torsten Schmuhl (Leiter des KPZ Pflege)
Dr. Wolfram Friedersdorff (Präsident)

10.20 - 12.00 Uhr: Das Neue Begutachtungsassessment zur Feststellung der Pflegebedürftigkeit: Die Neue Begutachtungsphilosophie und Erfahrungen aus der Anwendung
Dr. Andrea Kimmel (MDS)

12.00 - 13.00 Uhr: Mittagspause

13.00 - 14.30 Uhr: Was muss mit dem Neuen Begutachtungsassessment in der Pflegeplanung beachtet werden?
Gabriele Lenz (Pflegesachverständige)

14.30 - 14.50 Uhr: Kaffeepause

14.50 - 16.15 Uhr: Rechtliche Grundlagen der Pflegestärkungsgesetze (I. und II.) - Leistungsverbesserungen für Menschen mit Demenz
Werner Hesse (Der Paritätische Gesamtverband)

16.15 - 16.30 Uhr: Schlussbemerkungen / Moderation
Sylvia Svoboda (Sozialdienste VS Berlin gGmbH)

In den Pausen haben Sie die Möglichkeit verschiedene Stände unserer Kooperationspartner im Foyer zu besuchen.

3.5 07.05.2015: DEVAP-Fachtag „Die Aufgabe ambulanter Pflegedienste im Sozialraum“ in Leipzig

[nach oben](#) ↑

07. Mai 2015, Leipzig - Fachtag „Die Aufgabe ambulanter Pflegedienste im Sozialraum“

Welche Rolle spielen ambulante Pflegedienste bei der Entwicklung generationengerechter Quartiere? Wie können Träger und Verantwortliche von Pflegediensten und Sozialstationen im Sozialraum aktiv werden? Diese hoch aktuellen Fragen beantworten Experten auf der Fachtagung, die der Deutsche Evangelische Verband für Altenarbeit und Pflege (DEVAP) am 7. Mai 2015 in Leipzig veranstaltet. Workshops bieten Praxiswissen und fachliche Anregungen für das eigene Unternehmen.

Weitere Infos, Programm und Anmeldung finden Sie [hier](#).

3.6 13.-14.06.2015: DGHS-Seminar "Wie wollen wir sterben? – Selbstbestimmung auch am Lebensende? "

[nach oben](#) ↑

Sonnabend bis Sonntag, 13.-14. Juni 2015, Sa. 10.30- 21.45 Uhr, So. 9.00-12.30 Uhr, Würzburg

Zielgruppe des Seminars: "Wie wollen wir sterben? – Selbstbestimmung auch am Lebensende?" sind am Thema interessierte Bürgerinnen und Bürger, die in verschiedenen Kontexten mit dem Thema in Berührung stehen. Am Sonnabend besteht die Möglichkeit nach der Veranstaltung die Möglichkeit zum informellen Austausch in der Weinstube.

Diese Veranstaltung ist eine Kooperation zwischen der "Gesellschaft für Politische Bildung e. V.", der DGHS e. V. und der Beratungsstelle für Senioren und Menschen mit Behinderung der Stadt Würzburg.

Ort:
Akademie Frankenwarte
Leutfresserweg 81-83
97082 Würzburg

Anmeldung erforderlich! Teilnahmegebühr € 85,00 (incl. Übern. und Verpfl.)

Kontakt: Ulrike Schuhnagel, Tel. 09 31/8 04 64-0 oder -333, E-Mail:
ulrike.schuhnagl[at]frankenwarte.de

Weiterempfehlen

Wenn Ihnen die Kurzinformationen des Bündnisses für gute Pflege gefallen, empfehlen Sie sie doch weiter.

Wichtig

Damit die Kurzinformationen des Bündnisses für gute Pflege in Zukunft zuverlässig in Ihrem Postfach ankommt und nicht durch einen Filter in den Spam-Ordner einsortiert oder gelöscht wird, nehmen Sie bitte die Absenderadresse dieser E-Mail (info@buendnis-fuer-gute-pflege.de) in Ihr persönliches Adressbuch auf.

Impressum

Diakonie Deutschland - Evangelischer Bundesverband
Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V.
Projekt: Bündnis für gute Pflege
Caroline-Michaelis-Str. 1
10115 Berlin

Telefon: 030 65211-0
Fax: 030 65211-3333
E-Mail: stephan.roeger@diakonie.de
Web: www.diakonie.de

Jeweils zwei Mitglieder des Vorstandes vertreten das Evangelische Werk für Diakonie und Entwicklung e.V. im Rechtsverkehr gemeinsam.
Registergericht:

Amtsgericht Berlin-Charlottenburg,
Vereinsregister 31924 B
USt-IdNr.: DE 147801862

Abmelden

Falls Sie keine weiteren Kurzinformationen des Bündnisses für gute Pflege erhalten wollen, können Sie den Bezug hier beenden. [Kurzinformationen abbestellen](#)

Redaktion

Bei inhaltlichen Fragen wenden Sie sich bitte an das Bündnis für gute Pflege (info@buendnis-fuer-gute-pflege.de).

Das Werk wird durch den Vorstand vertreten. Er besteht aus folgenden Mitgliedern:

Vorsitzende
Präsidentin Pfarrerin Cornelia Füllkrug-Weitzel

stellvertretender Vorsitzender
Präsident Pfarrer Ulrich Lilie

Dr. Jörg Kruttschnitt
Maria Loheide
Tilman Henke
Prof. Dr. Claudia Warning